

Franz Walter

Compassionate Liberalism?

Schlägt in der Nach-Westerwelle-Ära die Stunde einer sozialen und gemeinwohlorientierten FDP? Manchmal ist der Wunsch Vater des Gedankens.

Franz Walter

(* 1956) ist Professor für Parteienforschung an der Universität Göttingen.

Bei *Transcript* erschien zuletzt:
Gelb oder Grün. Kleine Parteien – Geschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland.

fwalter1@gwdg.de



Das hatte man sich bei den parteipolitisch Liberalen am Abend des 27. September sicher anders vorgestellt. An diesem Abend war der Partyjubiläum über den Triumph der 14,6 % groß, sicher auch die Erwartungen an die Regierungspolitik der nächsten vier Jahre. Und dann kam der Absturz, die monatelange Stagnation an der Fünf-Prozent-Hürde, dem klassischen Menetekel der FDP-Geschichte. Mit dem großen Thema »Steuersenkung« hatte sich die Partei zum Wahlerfolg katapultiert; die Entzauberung des Themas hatte sie dann mit Aplomb nach unten gedrückt. Und so stand die Ein-Themen-Partei plötzlich ganz ohne jeden Slogan oder gar jede Erzählung dar, war zur Null-Themen-Partei geschrumpft, wie es allenthalben nun spöttisch kommentiert wurde.

Die Partei also bräuchte ein neues »Image«, benötige eine größere Themenvielfalt, eine zeitgemäße Fortentwicklung liberaler Identitäten. Auf dergleichen Befindlichkeitsdiagnosen jedenfalls einigten sich die Freien Demokraten im Frühjahr 2010 und delegierten die Arbeiten am neuen Bild der Liberalen an ihren Parteigeneral: Christian Lindner. Dieser hatte schon zuvor mit einigen Duftmarken verhalten angedeutet, dass es innerparteiliche Begabungen der Nach-Westerwelle-Generation gäbe, die mit partiellen neuen Akzenten – nochmals: sehr verhalten – Ansprüche für die Zukunft

stellten. Mehr als einige Metaphern dazu zirkulierten allerdings nicht. Man hörte von einem »mitfühlenden Liberalismus«, auch von einer Präferenz für den Begriff »Fairness«; und man erfuhr, das Lindner ein Mann der Lektüre sei, ja Ralf Dahrendorf wieder gelesen habe, auch in die »Freiburger Thesen« von 1971 hineingeschaut hätte, jedenfalls vom Paradigma der »Lebenschancen« angetan sei. Sozialdemokraten beobachteten das mit Abstand vom Rande her, aber nicht ohne Neugierde: Zwar hoffte man dort während der schwierigen Monate für Merkel/Westerwelle auf eine mehrheitsfähige rot-grüne Regierungsrenaissance, aber sollte es zu einer solchen Majorität nicht reichen, dann mochte eine allmählich ins Soziale geläuterte FDP für die Zeit nach Westerwelle ein insgesamt seriöserer und zumutbarer Partner sein, als die bis auf Weiteres in sich unberechenbar gebliebene Partei der »Linken«.

Denn schließlich, so hatte es schon der Zweifachpartei vorsitzende Franz Müntefering im Wahljahr 2009 gerne und oft kolportiert, waren Sozialdemokraten und Liberale einst in einem höchst fortschrittlichen Reformkabinett trefflich verbündet. Was 1969/70 möglich war – die sozialliberale Transformation der FDP – könnte sich doch auch – sagen wir 2013/14 – abermals vollziehen. Und so fällt auch jetzt wieder häufig der Name Ralf Dahrendorf. Und wer sich auskennt, nennt noch Werner Maihofer, erinnert an rebellische Jungdemokraten und zitiert aus den seinerzeit als *rororo*-Taschenbuch durchaus Verbreitung gefundenen »Freiburger Thesen«, in denen die »Reform des Kapitalismus« zur Maxime des politischen Wollens der FDP erhoben worden war. Allerdings: Die reale Bedeutung

der »Freiburger Thesen« für die gouvernementale Politik der FDP war also denkbar gering.

Robuste Klientelpartei

Die FDP war in der wirklichen Politik nie sozialliberal geworden. Sie blieb auch nach 1969 in erster Linie eine robuste Klientelpartei mittelständischer, besitzbürgerlicher Interessen. Das hat man ihr keineswegs zum Vorwurf zu machen. Parteien sind dafür da, Interessen von sozialen Gruppen zu vertreten. Und antikapitalistische Reformen gehören nun einmal nicht ernsthaft zu den Anliegen des gewerblichen Bürgertums in der Industriegesellschaft. Als die FDP dann nach den Bundestagswahlen 1972 noch die Spitze des Wirtschaftsministeriums besetzen konnte und dies mit dem Grafen von Lambsdorff tat, ging sie ganz expressiv in die Rolle einer zielstrebigem, rigorosen Prätorianergarde besserverdienender Marktbürger auf. Die FDP wurde in dieser Zeit, in den Jahren 1972 bis 1974, Protagonistin der politisch-kulturellen und sozialpolitischen Tendenzwende, acht Jahre mithin vor dem Kanzlerwechsel von Schmidt zu Kohl. Eine Art Bürgerrechtsliberalismus hat sich wohl zum Ende der 60er Jahre in der FDP als zweites, indes sehr viel kleineres Standbein tatsächlich etabliert, dann auch noch die 70er und frühen 80er Jahre überdauern können, aber der Sozialliberalismus in der FDP hat allein den knappen semantischen Niederschlag in den Freiburger Thesen gefunden, Spuren in der empirischen Politik der Partei indes nicht hinterlassen.

Und da Parteien durch und durch historische Wesen sind, die – auch wenn sie das zuweilen gerne möchten – nicht so einfach aus ihrer Geschichte aussteigen können, ist mit einem neuen sozialen Liberalismus der Generation Lindner/Rössler nun erst recht nicht zu rechnen. Schließlich war der tiefe Fall der SPD nach den Bundestagswahlen 2009 nicht die Folge eines urplötz-

lich erkennbaren »unsozialen« Profils der FDP im Bundeskabinett. Die Unternehmer, leitenden Angestellten, Freiberufler und Manager, die im Herbst 2009 den Freidemokraten ihre Stimme gaben, hatten das nicht in der Erwartung getan, damit einen mitfühlenden Liberalismus auf die Sprünge zu helfen. Sie hatten für die FDP votiert, damit diese durchsetzen sollte, was sie wahlkämpfend in Aussicht gestellt hatte. Als dann allerdings nichts von dem in der Steuer-, Gesundheits- und Sozialpolitik realisiert wurde, was zuvor angekündigt worden war, reagierten die Zahnärzte, Immobilienmakler und Finanzberater wütend und verschnupft mit Gunstentzug. Würde sich allerdings jetzt noch die Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger durchsetzen, die neuerdings den »Vorrang der Politik vor dem Markt« postuliert, dann stünde gewiss nicht die begeisterte Rückkehr des frustrierten Bürgertums der rechten Mitte in die Arme eines solchermaßen neu interpretierten Liberalismus zu erwarten, umso mehr aber die dann rasante Implosion der Freien Demokratischen Partei Deutschlands. Das gesellschaftliche Spektrum, in dem die FDP in den letzten Jahren zumindest einige Wurzeln geschlagen hat, klagt nicht über »soziale Kälte« und wohlfahrtsstaatliche Defizite gegenüber dem unteren sozialen Drittel. Im FDP-Milieu wird zwar zuweilen auch über empörende Ungerechtigkeiten in der bundesdeutschen Gesellschaft geklagt, aber in dem Sinne, dass hier die fleißige, strebsame, ordentliche, disziplinierte Mitte von staatlichen Umverteilungsbürokratien zugunsten erwerbsuntätiger Transferschmarotzer ausgeplündert werde. Soziale Gerechtigkeit wird in diesem Segment anders definiert und ausgedeutet als beim Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Sozialverband VdK oder der Caritas.

Der großen FES-Untersuchung *Gesellschaft im Reformprozess*, durchgeführt von TNS-Infratest Sozialforschung, verdanken wir eine sehr prägnante Charakterisierung

des Hauptmilieus der FDP-Anhängerschaft, den in der Studie so genannten »Leistungs-individualisten«. Die – zumeist männlichen – »Leistungsindividualisten« sind dezidierte Befürworter zügig umzusetzender Markt-reformen und schroffe Gegner staatlicher Regelungen. Ihr Haushaltseinkommen ist weit überdurchschnittlich. In ihrer extrem individualistischen Lebenswelt wird das Credo des Gemeinsinns geradezu verspottet, das Ehrenamt verpönt. In diesem Jungbürgerertum sind soziale und karitative Aktivitäten, im Unterschied zum früheren, traditionellen Honoratiorentum, rüde storniert worden, stoßen gar auf Verachtung. In diesem Umfeld wird ein »mitfühlender Liberalismus« keine Truppen sammeln können.

Natürlich, die FDP will heraus aus der monothematischen Verengung, in die sie Westerwelle hineinmanövriert hat. Und pawlowhaft schlagen in solchen Momenten auch die Medienkommentatoren ihr Plädoyer für einen Liberalismus der Bürgerrechte, der Bildung und Lebenschancen der Citizens an. Doch mit eben diesen Slogans ziehen seit Jahren schon Sozialdemokraten, Christdemokraten, Grüne gleichförmig durch das Land. Für Freie Demokraten würde es demzufolge überaus eng. Vor allen: Gerade denjenigen, denen die FDP ihre 14,6 % vom 27.9. zu verdanken haben, ist ein sanfter Bürgerrechtsliberalismus alles andere als eine Herzensangelegenheit. Deren Themenpalette diesseits der Steuerpolitik weist in eine entgegengesetzte Richtung zum »Compassionate Liberalism«.

Liberales Erfolgsrezept

Schauen wir dazu abschließend einmal auf die beiden derzeit erfolgreichsten liberalen Parteien in Europa: auf die niederländische VVD und die dänische Venstre. Dieser ist es immerhin in einem lange genuin sozialdemokratisch geprägten Land gelungen, nunmehr über drei Legislaturperioden hinweg in Folge den Ministerpräsidenten zu stellen.

Jene ist 2010 erstmals stärkste Partei im nationalen Parlament geworden. Hier wie dort handelt es sich um rechtsliberale Parteien, die gezielt auch die rechte Mitte ihrer Gesellschaften ansprechen, während sie die Neubürgerliche, postmaterialistische Mitte den grünen-ökologischen Parteien überlassen. Und in den rechten Mitten sind Wähler genug zu holen, zumal die klassisch konservativen bzw. christdemokratischen Parteien in diesen Bereichen enorm an Integrationskraft verloren haben. Als liberale Parteien der rechten Mitte haben sich VVD und Venstre nicht allein auf Steuersätze reduziert, auch nicht auf Markt- und Wettbewerbsreform, sondern haben ebenfalls die kulturell-gesellschaftlichen Einstellungen ihrer Klientel in programmatische Parolen gegossen und politisch zugespitzt. Die VVD in Holland wuchs in der zweiten Hälfte der 90er Jahre an Zahl und Anhang, da sie sich als Partei von *law and order* gerierte, das Misstrauen gegenüber Asylbewerbern vokalisierte, Skepsis gegenüber einer zu groß gewordenen EU unter Einschluss der Türkei zeigte und propagierte. Am Ende nährte ein solcher Kurs das Wachstum der VVD – und zugleich dazu noch der Partei für die Freiheit des Geert Wilders. In Dänemark schaffte die Venstre Partei 2001 den Durchbruch, als sie das Thema Migration und Integration kühl und hart in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellte. Als sie dadurch die Sozialdemokraten schwächte und schließlich die Regierungsführung übernahm, lieferte sie ein Jahr später, was sie zuvor avisiert hatte: eine der restriktivsten Asyl- und Einwanderungsgesetzgebungen Europas.

Kurzum: Die erfolgreichen liberalen Parteien Europas nutzten in den letzten Jahren Frustration und Ängste der rechten Mitte. Dadurch wurden sie Parteien, die mehr als nur die Steuerpolitik im programmatischen Arsenal führten. Den Ehrgeiz aber, ihren Liberalismus in sanften Worten zu fassen und sozialen Klängen zu hüllen, besaßen sie nicht. Liberal und rechts: damit hatten sie Erfolg.